

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Brandner (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Geplante MLPD-Asylbewerberunterkunft in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 1244** vom 8. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Nach Mitteilung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD; siehe MLPD-Mitteilung aus der 26. KW 2016) will die Partei im Sommer 2016 in Thüringen eine Unterkunft für kurdische Asylbewerber errichten. Die Unterkunft solle Platz für 60 bis 80 Asylbewerber bieten und in Truckenthal (Ortsteil von Schalkau, Landkreis Sonneberg) entstehen, wo die Partei eine eigene Ferienanlage besitzt. Gleichzeitig zur Errichtung einer Asylbewerberunterkunft ruft die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands zur "Solidarität" mit kurdischen Kämpfern in Irak und Syrien auf, die den linksextremistischen Volksverteidigungseinheiten und der Partei der Demokratischen Union nahestehen (dem syrischen Arm der Arbeiterpartei Kurdistans).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands geplanten Asylbewerberunterkunft in Truckenthal vor?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Finanzierung der von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands geplanten Asylbewerberunterkunft vor (bitte insbesondere auf etwaige finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln [unter anderem Land/Landkreis Sonneberg] eingehen)?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Einreise und zum Aufenthalt der Kurden vor, die in der Asylbewerberunterkunft der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands unterkommen sollen (bitte insbesondere darauf eingehen, ob diese Kurden an bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien/ dem Irak teilnahmen, den Volksverteidigungseinheiten oder der Partei der Demokratischen Union oder der Arbeiterpartei Kurdistans angehören)?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands politisch ein? Gibt es Erkenntnisse über (gegebenenfalls ehemalige) Mitgliedschaften von Mitgliedern der Landesregierung, Mitarbeitern der Landesverwaltung und/oder - auch ehemaligen - Mitgliedern des Thüringer Landtags in der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands? Wenn ja, welche?

Das **Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. September 2016 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Ein privatrechtliches Unternehmen, welches nach eigenem Bekunden unter anderem mit der MLPD zusammenarbeitet, schlug seit dem vergangenen Jahr sowohl dem Landkreis als auch dem Land mehrfach die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für bis zu 300 kurdische Flüchtlinge aus Syrien vor und bot hierzu die Nutzung der Ferienanlage "Im Waldgrund Truckenthal" in Schalkau an, welche früher als Kinderferienlager der Grenztruppen der DDR genutzt wurde. Das Angebot wurde weder vom Land noch vom Landkreis angenommen.

Zu 2.:

Durch die Landesregierung wurden keine Mittel hierfür gewährt. Nach Mitteilung des Landesverwaltungsamtes hat auch der Landkreis Sonneberg keine diesbezüglichen Zahlungen geleistet. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

Zu 3.:

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu 4.:

Bei der MLPD handelt es sich um eine Partei, welche bundesweit der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden unterliegt und von diesen als linksextremistisch bewertet wird. Im Übrigen liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Lauinger
Minister